

PRESSEMITTEILUNG

Blutet Berlin die Jugendarbeit aus?

Berlin, 20.02.2025 | Keine Kürzungen auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen: Das fordert der Landesjugendring Berlin von der Berliner Regierung. Fast 50 Millionen Euro sind der Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit und der politischen Bildung bereits gestrichen worden, weitere Kürzungen drohen. Am 22. Februar 2025 demonstrieren Berliner Jugendverbände als Teil des Bündnisses auf der [#unkürzbar-Demonstration](#) gegen Berlins Kürzungspolitik.

„Wir haben aktuell große Angst, dass Kinder und Jugendliche bei den Sparmaßnahmen zum nächsten Doppelhaushalt wieder den Kopf hinhalten müssen“, sagt Lena Kiefer, Vorsitzende des Landesjugendring Berlin. Zusätzlich zu den drei Milliarden Euro Einsparungen für 2025 hat die Koalition bereits angekündigt, weitere 1,5 Milliarden Euro im Haushalt für 2026 und 2027 einsparen zu wollen. Schon in der ersten Kürzungsrunde wurde klar: Die Kürzungen werden auch auf dem Rücken von jungen Menschen, Trägern der Jugendarbeit und der Jugendhilfe ausgetragen. „Die Kürzungen werden völlig auf die Zivilgesellschaft abgewälzt“, kritisiert Kiefer. „Die Verwaltung selbst muss kaum Opfer bringen. Das ist weder gerecht noch akzeptabel.“

Marode Jugendclubs können in Zukunft nicht mehr saniert werden – der Posten wurde ersatzlos gestrichen. Die politische Bildungsarbeit der Berliner Jugendbildungsstätten sollte eigentlich drei Millionen Euro mehr erhalten, nun wird davon aber über eine Million eingespart. Damit streicht sich Berlin den geplanten Ausbau von Demokratieprojekten für junge Menschen selbst wieder zusammen. „Das ist ein völlig fatales Signal in Zeiten, in denen noch mehr Rechtsextreme in den Bundestag einziehen“, findet Kiefer. Auch Jugendverbände sollen massiv gekürzt werden. Die Folge: Weniger Ferienfreizeiten, die sich womöglich nur noch Kinder von reichen Eltern leisten können – in einem Bundesland, in dem fast jedes vierte Kind von Armut bedroht ist.

Auch an anderen Stellen sind gerade junge Menschen Opfer der Kürzungspolitik von CDU und SPD: Kürzungen beim Klimaschutz betreffen vor allem die Zukunft der jungen Generation. Zudem treffen Kürzungen beim Ausbau von ÖPNV und Radwegen junge Menschen hart, da sie vor allem mit dem Fahrrad oder Bus und Bahn unterwegs sind. Gleichzeitig will Berlin 325 Millionen Euro für die Tangentialverbindung Ost locker machen. Würde der Preis für Anwohnerparkausweise deutlich erhöht, könnte das Land vom Erlös eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen und Projekte retten – stattdessen streicht man sie aktuell lieber zusammen und belässt das Parken billig.

Viele Träger der Jugendarbeit wissen bis heute noch nicht, wie viel Geld sie für das laufende Jahr 2025 zur Verfügung haben werden. Diese Unsicherheit führt aktuell schon zu vorsorglichen Kündigungen. Ob die Tarifvorsorge für freie Träger wirklich in trockenen Tüchern ist? Auch das ist weiter unklar. „Wir sagen: Es darf keine Kürzungen zu Lasten von Kindern und Jugendlichen, von freien Trägern der Jugendhilfe und Mitarbeitenden der Kinder- und Jugendhilfe geben“, fordert Kiefer. „Wird hier im nächsten Doppelhaushalt weiter zusammengestrichen, blutet die Jugendarbeit in der Stadt komplett aus.“

Über den Landesjugendring Berlin

Im Landesjugendring Berlin sind 37 Jugendverbände zusammengeschlossen. Junges Ehrenamt, gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen, demokratische Selbstorganisation und außerschulische Bildung sind uns besonders wichtig. Auf dieser Basis gestalten und beeinflussen wir die Kinder- und Jugendpolitik maßgeblich.

www.ljrberlin.de

Pressekontakt

David Spitzl
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

spitzl@ljrberlin.de
030 818861-16
0179 269 23 62